

Erörterung Braunkohlenplan Welzow-Süd Teilfeld II, 12.12.2013
Redebeitrag Astrid Matthiae (Initiative Moorbургtrasse stoppen, Hamburg)

Moin tohoop

De ersten Wöör will ik op Plattdütsch seggen. Herr Sell, könt Se öbersetten? – Nee? – Wat schad. Also, die ersten Worte will ich auf Plattdeutsch sprechen. Aber Herr Sell kann sie nicht übersetzen. Schade.

Plattdeutsch ist wie Sorbisch eine der vier Charta-Sprachen. Das heißt, sie sind durch die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützt. Es ist wichtig, die Sprachenvielfalt zu erhalten, wie das Plattdeutsche so auch das Sorbische. Als lebendige Sprache. Und das geschieht eben nicht ohne materielle Basis, ohne die Landschaft, in der diese Sprache sich entwickelt hat und weiterentwickeln kann.

Wer die Sprache erhalten will – und dazu sind Sie verpflichtet – muss also auch die Landschaft, in der sie entstanden ist und lebt, erhalten. Man kann das nicht in akustischen und literarischen Dokumenten, sozusagen in Hörkonserven und in Kulturvereinen tun. Das hilft auch, aber soll die sorbische Sprache und Kultur nicht zur Folklore verkommen, muss die dazugehörige Kulturlandschaft erhalten bleiben. Mit andern Worten, auch aus diesem Grund muss Proschim erhalten bleiben, und der Braunkohlenplan ist abzulehnen.

Ich wollte aber noch auf einen andern Punkt eingehen. „Schutzgut“ Mensch. Ich habe gestern morgen die Nummer 23 für meinen Redebeitrag bekommen. Der 23. ist Verfassungstag. An einem 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz verkündet. Und darin heißt es „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Zu dieser Würde gehört die Freiheit, seine Meinung frei zu äußern. Und jetzt kommt wieder die Außensicht: Wir haben in Hamburg Unterschriften gesammelt für die Einwendung für den Erhalt von Proschim und gegen den Tagebau Welzow Süd II. Etwas mehr als 2.000 haben wir zusammen bekommen. Das war unser Beitrag von „Moorburgtrasse stoppen“ zu den gut 121.000 insgesamt. Diese 2.000 Unterschriften zusammen zu bekommen, war ziemlich leicht. Es gab keine Probleme mit der Entscheidung, 'unterschreibe ich oder unterschreibe ich nicht'? Oft fehlten genauere Informationen über das Ausmaß der Zerstörung beim Abbau. Aber die Leute haben beim Stichwort Braunkohle schon gewusst, 'das geht nicht'. Zu geringer Wirkungsgrad im Verhältnis zu Steinkohle und besonders Gas, um bei den fossilen Brennstoffen zu bleiben, und großer Schaden fürs Klima.

Und das war entscheidend. Das Thema 'gefährde ich meinen Arbeitsplatz, wenn ich hier unterschreibe?', spielte überhaupt keine Rolle.

Ganz anders in der Lausitz. Auch hier war ich mit diesem Klemmbrett unterwegs; und mehrfach haben mir Leute mit Verweis auf Angst um ihren Arbeitsplatz oder den von Angehörigen gesagt, sie könnten die Einwendung nicht unterschreiben. Das ging sogar bis hin zu Beschäftigten von Auftragnehmern von Vattenfall. Aber manche haben trotzdem unterschrieben, und sagten sie täten das, obwohl sie damit ihren Arbeitsplatz riskierten.

Wenn in einer Region ein Unternehmen so sehr dominiert, dass die Leute sich nicht mehr trauen, ihre Meinung frei zu äußern, dann ist es schon aus diesem Grund dringend geboten, dieser dominierenden Rolle Einhalt zu gebieten und diese Monostruktur zu beenden.

Neue Ideen, die die Lausitz dringend braucht, entstehen und entwickeln sich nicht in einem Klima der Angst.

Wie weit diese geistige Monostruktur bereits vorgedrungen ist, macht eine Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden des Stadtparlaments von Spremberg, Andreas Lemke, deutlich, zu finden in der Lausitzer Rundschau vom 26. 6. dieses Jahres. Ich les das mal vor:

„Politiker fürchtet Ärger aus Proschim“, ist die Überschrift, und weiter: *„Der Spremberger Fraktionschef, Andreas Lemke, wehrt sich dagegen, dass alle (kursiv durch A.M.) Einwohner von Proschim nach einer möglichen Abaggerung ihres Dorfes nach Terpe ziehen. Er fürchtet, die harten Tagebaugegner würden Konflikte heraufbeschwören.“* Und jetzt Lemke lt. LR: *„Terpe betrachtet sich als bergbaufreundlichen Ort. Wenn nun ausgerechnet die Leute dort hinziehen, die als absolute Gegner des Tagebaus auftreten, sind Spannungen vorprogrammiert.“* Zwar könne Spremberg mit der Umsiedlung seine Einwohnerzahl wieder

aufbessern. Doch die Stadt müsse nicht jedes Geschenk annehmen. So befürchtet der SPD-Fraktionschef, dass dieses Klima langfristig auf Spremberg übergreifen könnte, und er nennt drei Namen.“

Da lese ich jetzt nicht weiter. Was hier veröffentlicht wurde, stammt nicht von irgendjemandem, sondern von einem SPD-Fraktionsvorsitzenden einer Stadt in Brandenburg. Und das Wort „bergbaufreundlicher Ort“, das muss man sich mal auf der Zunge zerg..., nee, besser durch die Gehirnwindungen gehen lassen. Da bekennt sich einer zu dieser Monostruktur und zu dieser einseitigen Abhängigkeit von einem großen Unternehmen, statt alles dran zu setzen, sie abzubauen. Und dann setzt er auch noch auf Ausgrenzung. Braunkohleefalt statt geistige und ökonomische Vielfalt.

Die Kritik auf diese Äußerungen hin hielt sich übrigens in Grenzen, von einem Sturm der Entrüstung, der angemessen gewesen wäre, keine Spur.

Die Würde des Menschen ...

Draußen vor der Tür ist mir von den Schildern, die dort gemeinsam von der Gewerkschaft IGBCE und dem Verein Pro Lausitzer Braunkohle aufgestellt wurden, eins besonders ins Auge gesprungen. Darauf steht: „Steuerzahler statt Aktivisten“. Ich habe mich gestern erkundigt, die Schilder sind da nicht mal so reingerutscht, die sind abgestimmt und stehen da wie gesagt seit Dienstag.

„Steuerzahler statt Aktivisten“. Mit andern Worten, zahl brav Steuern und ansonsten bleib ruhig. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Oder wie soll man das sonst verstehen?

Und hinzu kommt noch die farbliche Gestaltung: Das Wort Steuerzahler steht da in Schwarz Rot Gold. Da sind Missverständnisse nicht ausgeschlossen, um es mal so zu sagen. Deutsche Steuerzahler statt „Aktivisten“ steht dann in Grün. Sind die undeutsch?

Und auf einen letzten Punkt möchte ich eingehen:

Hier während des Erörterungstermins wurde berichtet, die Stadt Welzow habe Proschim zur Finanzierung kommunaler Aufgaben auf Vattenfall verwiesen. Also nicht die Stadt Welzow mit ihrem politisch, sprich öffentlich demokratisch kontrollierten Haushalt, ist zuständig, sondern das Privatunternehmen Vattenfall. Dort sollen sie mal anklopfen.

Wir kennen dieses Phänomen auch aus Hamburg. Dort veranstaltete Vattenfall lange die „Vattenfall Lesetage“, um mal ein Beispiel für das Sponsoring des Unternehmens zu nennen. Statt so etwas ganz normal aus Steuergeldern zu finanzieren, wurden Abhängigkeiten geschaffen. Das war zu spüren. Und deswegen haben wir „Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen“ veranstaltet und Vattenfall dieses Instrument aus der Hand genommen. Jetzt ist das vorbei. Wir in Hamburg haben es leichter, das muss ich zugeben. Vattenfall spielt nicht so eine große Rolle. Das Sponsoring ist noch nicht so weit vorgedrungen, wie hier in der Lausitz, wo Vattenfall doch an vielen Stellen als Sponsor präsent ist und eben Abhängigkeiten schafft.

Ich meine, so umfangreiches Sponsoring passt nicht zu einer Republik. Eine gesponserte Republik ist keine Republik mehr.

(Hinweis: der frei gehaltene Redebeitrag wurde später aus dem Gedächtnis aufgeschrieben. Der hier wiedergegebene Text stimmt daher nicht wörtlich mit dem mündlich vorgetragenen überein)